



Die Europäische Idee stärken und neu definieren

Die Wahlen zum Europäischen Parlament 2019

Autorin Kirsten Fründt, Vorsitzende der SGK Hessen e.V.



Kirsten Fründt, Vorsitzende der SGK Hessen e.V.

Foto: SGK Hessen e.V.

Für uns Sozialdemokrat*innen hat die bevorstehende Europawahl eine besondere Bedeutung. Nicht nur, weil die SPD sich auf den Weg gemacht hat, den deutschen Sozialstaat neu zu definieren und somit ihren Markenkern programmatisch deutlich herauszuarbeiten, sondern auch, weil die SPD immer die Partei internationaler Zusammenarbeit und Garant friedlicher Koexistenz war. Und weil die Europäische Union, das gemeinsame Auftreten der europäischen Staaten, wichtiger denn je ist.

Trotz alledem ist die Ausgangssituation für die Verfechter*innen der europäischen Idee aktuell nicht einfach: Die EU hat ein Sozial- und Demokratie-Defizit, nationalistische

oder populistische Regierungen in Polen oder Ungarn machen Einigungsprozesse schwerer.

Vor dem Hintergrund der nationalen Wahlergebnisse in vielen EU-Staaten ist zudem zu befürchten, dass rechte, populistische und vor allem nationalistische Parteien und Bewegungen gestärkt ins EU-Parlament einziehen. Damit steht der weitere europäische Einigungsprozess, die demokratische und soziale Weiterentwicklung der EU, auf dem Spiel. Und wenn es nur aus Angst vor den rechten und populistischen Parteien zu Hause wäre.

Die AfD hat einen Dexit, also einen Austritts Deutschlands aus der Europäischen Union, als Option in ihr

Europa-Wahlprogramm geschrieben. Sie hat das getan, obwohl die Verwirklichung eines vereinten Europas und die Entwicklung der Europäischen Union in Deutschland und Hessen Verfassungsrang hat, bei der Volksabstimmung in Hessen über 80 Prozent der Menschen für dieses Ziel gestimmt haben.

Solches Dexit-Gerede ist politisch und volkswirtschaftlich unverantwortlich. Weil Deutschland am stärksten von der europäischen Zusammenarbeit, vom gemeinsamen Markt, von der Europäischen Union, profitiert.

Nationalismus war und ist noch nie eine Formel für die Lösung unserer

Inhalt

Die Kommunen sind der Ort der europäischen Wirklichkeit

Bedeutung der Kommunen in Europa

Kreativstadt Offenbach – Hessens kleinste Großstadt im Wandel

Festakt zum 40-jährigen Jubiläum der SGK Hessen in Wiesbaden

Probleme gewesen. Vielmehr ist der Nationalismus Basis all des Schrecklichen gewesen, unter dem Deutschland gelitten und das es über andere Staaten und Völker gebracht hat.

Ein solidarisches, friedliches und demokratisches Europa

Weniger EU? Genau das Gegenteil ist richtig: Wir brauchen mehr Europa, wir brauchen mehr internationale Zusammenarbeit und wir brauchen Menschen, die sich für die Europäische Idee begeistern und engagieren.

Denn es geht um die freiheitliche, demokratische und sozial-verantwortliche Zukunft auch unserer eigenen Gesellschaft. Die SPD ist hier die entscheidende politische Kraft. Die SPD ist die politische Kraft, die am ehesten faire Wirtschaft und gerechte Steuern, die Versöhnung von Klimaschutz und Arbeitsplätzen und den politischen Kampf gegen Antidemokraten in den EU-Ländern zu einer programmatischen Einheit bündeln kann. Werte, die unser Spitzen duo Katharina Barley/Udo Bullmann idealtypisch repräsentiert.

Die Rolle der Kommunen in Europa

2/3 der Entscheidungen und Regelungen auf EU-Ebene betreffen die

Kommunen in der einen oder anderen Weise. Dennoch hat es gedauert, bis auch eine institutionelle Verankerung der Kommunen in der Struktur der EU vollzogen wurde. 1979 wurde der Ausschuss der Regionen gegründet, kommunale Interessen können im Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarates (KGRE) und dem Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) gebündelt werden.

Mit dem Vertrag von Lissabon wurden die Rechte der Kommunen/Gebietskörperschaften gestärkt und deren Aufgaben und Verfassungen ausdrücklich anerkannt.

Zudem muss sich das Handeln der EU nach dem Subsidiaritätsprinzip richten. Demnach gilt, dass wenn Regelungen auf der regionalen Ebene

zielführender sind, die europäische Ebene nicht tätig wird. Daraus ergibt sich ein Spannungsfeld für uns Kommunale, mit dem wir uns immer wieder auseinandersetzen müssen.

Mehr Kontakte in alle Regionen

Heute gibt es unzählige Kontakte auf unterschiedlichsten Ebenen zwischen den EU-Staaten: Freundschaftsverbände in Hessen (über die Freundschaft zwischen Bierstadt und Terrasson haben wir bereits berichtet), Austauschprogramme der Schulen und Universitäten und die vielen kommunalen Partnerschaften, die in den Anfängen der europäischen Einigung das Fundament der EU bildeten und immer noch darstellen. Diese müssen wir weiterentwickeln und vertiefen.

Die Kommunen sind der Ort der europäischen Wirklichkeit

Autor Udo Bullmann, MdEP und Vorsitzender der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament

Ein Genosse aus Groß-Gerau sagte mal: Die Gemeinden sind der Ort der Wahrheit, weil sie der Ort der Wirklichkeit sind. Ich finde, in dem Satz steckt eine wichtige Erkenntnis. Große Ideen werden nämlich nur Wirklichkeit, wenn sie im Kleinen gelebt werden. Als sich 1951 die Gründer der Montanunion zusammensetzten und angesichts des Leids und der Zerstörung aus zwei Weltkriegen beschlossen, dass aus den Ländern Europas Freunde werden sollten, anstatt zerstörerischen Feindschaften nachzuhängen, wurde die Versöhnung Europas ja nicht Wirklichkeit, weil jemand eine gute Idee hatte.

Sie wurde doch Wirklichkeit, weil sie in den Städten und Gemeinden gelebt wurde, weil viele Menschen diese Idee erleichtert aufnahmen und Städtepartnerschaften gründeten, Schulaustausche organisierten, Austausch von Vereinen, von Ver-



Udo Bullmann kandidiert gemeinsam mit Katarina Barley an der Spitze der SPD für das Europaparlament. Foto: Udo Bullmann

waltungen. Die Versöhnung wurde geschaffen aus tausend kleinen Begegnungen jenseits der roten Teppiche, jenseits der Fernsehkameras,



Auch ein Programmpunkt der Brüsselfahrt: Veranstaltung zum mittelfristigen Finanzrahmen der EU 2021 bis 2027 mit EU-Kommissar Günther Oettinger und Andreas Meyer Feist vom hr Foto: AfK Hessen e.V.

Es gibt außerdem hessische Partnerregionen in Polen, Italien und Frankreich – wichtig wären darüber hinaus intensivere und engere Kontakte mit

den neueren Mitgliedsstaaten. Damit auch in den „alten“ EU-Staaten das Verständnis für diese Regionen wächst.

von vielen tausend Menschen, die sich engagiert haben und noch engagieren.

So glaube ich auch, dass auch die Erneuerung Europas nicht von oben diktiert werden kann, sondern quasi im Kleinen gelebt werden muss. Die Europäische Union kann nur zu einem Erfolg werden, wenn vor Ort in den Gemeinden sichtbar wird, dass die EU das Leben der Menschen spürbar und nachvollziehbar verbessert. Viele Fördergelder der Europäischen Union kommen den Kommunen zugute – die Förderung von Langzeitarbeitslosen, die digitale Ausstattung von Schulen, die Förderung des öffentlichen Nahverkehrs, kultureller Einrichtungen. Die Europäische Union trägt mit ihren finanziellen Mitteln dazu bei, die Kommunen zu stärken, auch gegenüber der Landes- und Bundesebene. Es gibt einige europäische Institutionen, die sich für die Kommunen einsetzen, wie den Ausschuss der Regionen, der den Regionen ein förmliches Mitspracherecht in der Gesetzgebung einräumt. Oder aber der Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarats, der auch dafür sorgt, dass die Anliegen einzelner Städte mehr berücksichtigt werden.

Deshalb glaube ich auch, dass wir auf der kommunalen Ebene Europa wie-

der mehr nach vorne ziehen müssen, wir müssen uns quasi in der Mitte treffen. In dieser Situation, in der die Europafeinde an der Europäischen Union zerren, und sie zur Beute von Nationalisten und Rechtspopulisten zu werden droht, müssen wir sie auf allen Ebenen verteidigen. Auf allen demokratisch gewählten Ebenen – im Ortsbeirat, im Stadtparlament und im Kreistag – müssen wir über die Europäische Union sprechen, wir dürfen unsere eigenen Versäumnisse nicht auf die EU schieben. Wir alle müssen uns auch wieder mehr für Städtepartnerschaften einsetzen, für alle möglichen Austausch. Wenn die Gespräche auf der höchsten politischen Ebene stocken, gibt es immer noch die zwischen den Menschen, die sich zusammensetzen und sich erzählen, wie sie Europa und die Welt sehen. Indem wir als Basis ein festes Netz an Verbindungen zwischen den Menschen knüpfen, wird Europa eine untrennbare Einheit. Nur indem Europa vor Ort gelebt wird, kann es uns gelingen, die Europäische Union tatsächlich den Menschen zurückzugeben.

SPD-EUROPARABÜRO FRANKFURT
Fischerfeldstraße 7-11
D-60311 Frankfurt
Tel +49 69 299 888 500/520
Fax +49 69 299 888 511
udo.bullmann@spd.de

Spekulativen Wohnungsleerstand bekämpfen

Immobilienleerstände aus spekulativen Gründen müssen aus Sicht der SPD-Landtagsfraktion dringend bekämpft werden. „Dazu haben wir ein Wohnraumschutzgesetz eingebracht – auch wenn der zuständige Minister Al-Wazir der Ansicht ist, es gebe an dieser Stelle gar kein Problem. Immerhin haben ihm auch zahlreiche Grünen-Politiker in der Rhein-Main-Metropole widersprochen und die Ablehnung eines Zweckentfremdungsgesetzes durch die schwarz-grüne Landtagskoalition scharf kritisiert“, sagte die wohnungspolitische Sprecherin Elke Barth.

In Kommunen mit angespannten Wohnungsmärkten, wie zum Beispiel Frankfurt aber auch anderen Orten im Rhein-Main-Gebiet, stünden trotz gravierender Wohnraumnot immer häufiger Immobilien leer. Die Gründe hierfür seien vielfältig. Ein Grund liege in der „Flucht in Betongold“.



Foto: Angelika Aschenbach

Die aktuelle Situation sei günstig, Geld in Immobilien „zu parken“ und damit 10 Prozent

oder mehr Rendite durch steigende Grundstückspreise pro Jahr zu erzielen. Immobilien in

Ballungsgebieten seien damit eine attraktive Kapitalanlage. Da sich Immobilien unbewohnt besser weiterveräußern ließen, stünden diese Immobilien dann häufig auch leer oder würden zumindest teilmietet. Nach einer Haltefrist von zehn Jahren werde auch keine Einkommensteuer mehr auf private Immobilienverkäufe erhoben.

„Es ist nicht hinnehmbar, dass wir auf der einen Seite einen gravierenden Mangel an Wohnungen haben, andererseits aber nichts dagegen unternehmen, wenn Häuser leer stehen und damit auch noch Geld verdient wird“, sagte Elke Barth weiter. Die SPD erwarte, dass die Koalition bis zu der Gesetzesanhörung im August noch einlenke, damit die betroffenen Städte ein Instrument in die Hand bekommen, um diese Auswüchse auf dem Immobilienmarkt zu bekämpfen.

Schutz für Frauen

Schwangere Frauen, die sich in einer Konfliktsituation befinden, müssen ungehindert Beratungsstellen aufsuchen können. Die frauenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, Lisa Gnadl, verurteil-



Lisa Gnadl

Foto: Angelika Aschenbach

te Einschüchterungsversuche durch Demonstrationen und Mahnwachen vor Beratungsstellen und Arztpraxen.

Gnadl sagte in einer Landtagsdebatte: „Dass im Jahr 2019 Frauen in Deutschland und in Hessen überhaupt besonderer Schutzmaßnahmen bedürfen, um ihr gesetzlich verbrieftes Recht auf Beratung bei einer ungeplanten Schwangerschaft in Anspruch nehmen zu können oder auch einen straffreien Schwangerschaftsabbruch vornehmen zu lassen, ist beschämend und beunruhigend.“

„Wir müssen praktikable, wirksame und grundrechtskonforme Wege finden, schwangere hilfesuchende Frauen in einer Konfliktsituation besser zu schützen. Und das muss zeitnah passieren, nicht irgendwann im Laufe der Legislaturperiode“, forderte die frauenpolitische Sprecherin der SPD.

Sonderweg Hessens wird zur Farce

Der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, Günter Rudolph, hat angesichts des Tarifabschlusses für die rund 45.000 Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Hessen den tarifpolitischen Sonderweg des Landes kritisiert und sprach von einer „Farce“.

„Der Abschluss für Hessen unterscheidet sich substantiell nicht von dem Ergebnis, das die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) für den Rest Deutschlands vereinbart hat. Der Aufwand für die gesonderten hessischen Tarifverhandlungen steht auch weiterhin in keinem sinnvollen Verhältnis zum Ergebnis. Angesichts der jetzigen Situation fordern wir auch weiterhin: Hessen muss in die TdL zurückkehren.“

Rudolph begrüßte den Sinneswandel der schwarzgrünen Landesregierung in der Frage

der inhaltlichen und zeitnahen Übertragung des Tarifabschlusses in vollem Umfang auf die Beamtinnen und Beamten des Landes.



Günter Rudolph

Foto: Angelika Aschenbach

Bedeutung der Kommunen in Europa

Autorin Martina Werner, MdEP



Martina Werner ist Mitglied des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie im Europäischen Parlament.

Foto: lopri communications

Europa ist näher als man denkt – denn Städte und Gemeinden sind oft direkt von den Gesetzen betroffen, die auf EU-Ebene gemacht werden. Europaparlamentarier sind die Schnittstelle zwischen Europa und den Kommunen.

Seit fünf Jahren arbeite ich nun an dieser Schnittstelle und vertrete die Interessen der Bürgerinnen und Bürger Nord- und Ost Hessens. Als Mitglied des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie arbeite ich oft in Bereichen, die das Leben der Menschen in den Kommunen vor Ort betreffen.

Für die über 400 hessischen Städte, Gemeinden und Kreise wird die Europawahl 2019 von großer Bedeutung sein. Die große Mehrheit der von der EU verabschiedeten Richtlinien und Rechtsakte haben direkte und indirekte Auswirkungen auf die Kommunalpolitik. Insbesondere die Regeln des EU-Binnenmarktes

für die öffentliche Daseinsvorsorge oder die EU-Förderprogramme für die Entwicklung des ländlichen Raums wie LEADER, EFRE und ESF haben sehr sichtbare Konsequenzen für die kommunalen Haushalte und Handlungsspielräume. Für mich gilt, dass jede Europäische Richtlinie, die ich mit auf den Weg bringe, zunächst auf ihre Auswirkungen für die Kommunen geprüft wird. Hierzu stehe ich in engem Kontakt mit den zahlreichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, Landräten, ehrenamtlichen Politikern und Verbänden in Nord- und Ost Hessens.

Als Sozialdemokratin im Europäischen Parlament setzte ich mich für starke Arbeitnehmerrechte in einem eng vernetzten Europa ein, damit wir auch in Zukunft faire Löhne und gute Lebensbedingungen haben. Wir Sozialdemokraten haben durchgesetzt, dass für Arbeitnehmer, die von ihrem Arbeitgeber in andere EU-Länder entsandt werden, das Prinzip

„gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ gilt. Damit schützen wir die Löhne in ganz Europa – also auch in unserer Region – vor Abwärtsspiralen.

Bei meiner inhaltlichen Arbeit im Energie- und Industrieausschuss arbeite ich ebenfalls ganz eng mit nordhessischen Akteuren zusammen. In dieser Legislaturperiode habe ich mich als Verhandlungsführerin der sozialdemokratischen Fraktion für die Überarbeitung des Energielabels dafür eingesetzt, dass dieses ein verbraucherfreundliches Instrument zum Stromsparen wird und den Kauf von energieeffizienten Geräten erleichtert. Darüber hinaus war ich auch Verhandlungsführerin bei der Reform des europäischen Strommarktes. Die neuen Regeln ermöglichen es z.B. Stadtwerken, europäisch stärker zusammenzuarbeiten. Ich konnte verhindern, dass die Stadtwerke in ihren Geschäftsfeldern eingeschränkt werden. Unsere

Stadtwerke leisten einen enormen Beitrag für die Energiewende vor Ort, davon profitieren insbesondere die Menschen in den Kommunen – das muss und wird in Zukunft so bleiben.

Eine meiner Prioritäten in der Industriepolitik ist, dass die deutsche und europäische Bahnindustrie auch langfristig gegen Dumping-Konkurrenz von außerhalb der EU wettbewerbsfähig bleiben. Am Standort Kassel werden seit gut 200 Jahren Lokomotiven gebaut, dazu kommen viele kleine und mittlere Unternehmen in der Region, die Bauteile entlang der Lieferkette produzieren. Den Erhalt dieser Arbeitsplätze verteidige ich in Brüssel, indem ich beispielsweise die Europäische Kommission dazu gebracht habe, erste Schritte einer Gesetzänderung einzuleiten, um EU-Vergaberegeln besser auf die Bedürfnisse unserer Bahnindustrie auszurichten.

Auch die europäische Datenpolitik betrifft die nordhessischen Kommunen: Im Industrieausschuss habe ich durchsetzen können, dass lokale Behörden und kommunale Unternehmen in Zukunft für die Weitergabe ihrer Daten eine angemessene Gebühr berechnen können und weiterhin wirtschaftlichen Nutzen aus der Erhebung von Daten ziehen. So schützen wir die öffentliche Daseinsvorsorge.

Die europäische Politik und ihre Auswirkungen für die Kommunen unserer Region einerseits den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort zu vermitteln und andererseits im Sinne unserer Kommunen mitzugestalten ist meine Aufgabe als Europaabgeordnete, die ich gerne und mit Leidenschaft wahrnehme.

Kontakt:

Martina Werner MdEP
Wilhelm-Pfannkuch-Haus
Humboldtstraße 8 A
34117 Kassel
Tel: +49 561 70010-58/ -56
E-Mail: info@martina-werner.de



Das ehemalige Zollamt bietet Raum für Kreative und Gründer*innen.

Foto: Zollamt/Stadt Offenbach

Kreativstadt Offenbach – Hessens kleinste Großstadt im Wandel

Autor Dr. Felix Schwenke, Oberbürgermeister Stadt Offenbach am Main

Die Stadt Offenbach am Main erlebt gerade einen rasanten Wandel. Von einem eher mit einem Industriecharme belegten Ort entwickelt sich Offenbach zu einer Stadt, die rasant wächst, sodass täglich an beinahe jeder Straßenecke Veränderungen wahrnehmbar sind. Seien es Gebäude, die neu errichtet oder saniert werden, oder neue, kreative Locations – das Straßenbild ändert sich in einem rasanten Tempo und ein positiver Aufbruch ist in der gesamten Stadt spürbar.

Die Stadt in Kürze:

Aktuell hat Offenbach ca. 140.000 Einwohner*innen und 152 Nationen leben hier. Seit den 1970er Jahren befindet sich die Stadt in einem ausgeprägten Strukturwandel von einem Industriestandort hin zu einem Dienstleistungszentrum. In der Tradition eines Industriestandorts stehend,

wurde Ende des 19. Jahrhunderts eine Handwerkerschule in der Stadt gegründet, aus der die heute bestehende Hochschule für Gestaltung, eine Kunsthochschule des Landes Hessen, hervorging. Rund 650 Studierende werden an der Hochschule in den Fachbereichen Visuelle Kommunikation und Design ausgebildet.

„Kunden“-Wandel

Mit dem Jahrtausendwechsel nahm die Wirtschaftsförderung einen spürbaren „Kunden“-Wandel wahr. Neben den klassischen Unternehmen etablierte sich eine neue Garde an kreativen Unternehmer*innen. Diese führte neben neuen innovativen Ideen auch teilweise neuartige Arbeitsmodelle ein und stellte z.B. neue Anforderungen an einen „idealen“ Arbeitsplatz. Gefragt waren plötzlich alte Fabriken aus der Gründerzeit zum Selbstausbau, gerne in



Dr. Felix Schwenke

Foto: georg-foto

Verknüpfung mit einer Wohnung. Mit den ehemaligen Fabriken Heyne-Fabrik im Stadtteil Nordend und Hassia-Fabrik im Stadtteil Senefelder Quartier etablierten sich in dieser Zeit zwei Standorte mit den von Kreativen gewünschten Merkmalen. Sie stellten damit ideale Biotope für

die Bedürfnisse der Unternehmen der Kreativwirtschaft dar. Um diese subjektiv wahrgenommene Feststellung zu verifizieren, beauftragte die Kommune im Jahr 2007 die Universität Trier mit der Erstellung eines Gutachtens zur Kreativwirtschaft in Offenbach. Im Rahmen dieses Gutachtens wurde eine Bestandsaufnahme der ortsansässigen Unternehmen der Kreativwirtschaft vorgenommen und herausgearbeitet, wie die Kommune die Unternehmen der Kreativwirtschaft am besten stärken und unterstützen könnte. Daraus entstand ein breit gefächertes Instrumentenmix zur Unterstützung der Kreativwirtschaft.

Schlagworte für diesen Instrumentenmix sind:

- Vernetzung der Unternehmen
- Erhöhung der Sichtbarkeit
- Schaffung von Räumen

In der konkreten Umsetzung bedeutet dies, dass Formate wie das Sommerfest der Kreativwirtschaft als alljährlicher Branchentreff, aber auch Fachkonferenzen z.B. mit dem Schwerpunkten IT oder Design sowie Wettbewerbe, Ausstellungen



Sommerfest

Foto: georg-foto/offenbach

oder Partys entwickelt wurden. Ziel dieser Angebote ist, Synergien zwischen den Kreativ-Unternehmen auszuloten, aber auch Unternehmen anderer Branchen als mögliche neue Kunden, Dienstleister oder Partner für Kreativschaffende zu gewinnen. Natürlich beinhalten solche Aktivitäten auch immer Marketingaspekte. Sie bieten die Möglichkeit, die Kommune in einem neuem Licht, hier in einem aufgeschlossenen, toleranten und weltoffenen Kontext, zu zeigen, in dem sich innovative, junge, „verrückte“ Unternehmer*innen und Unternehmen frei entfalten können.

Darüber hinaus wurde eine Internetplattform implementiert, auf der sich alle Kultur- und Kreativschaffenden mit ihrem Geschäftsmodell vorstellen können. Dort findet man schnell und unkompliziert alle Informationen rund um die Themen Förderung, Gründung, Räume und Veranstaltungen.

Räume und Flächen

Ein sehr wichtiges und stets präsent Thema im Austausch mit Kultur- und Kreativschaffenden ist das Thema Räume und damit Flächen zur Entfaltung und Umsetzung innovativer Geschäftsideen. Unternehmen der Kreativwirtschaft passende Räume zu bieten ist daher auch einer der wichtigsten Bausteine bei der Unterstützung von Kultur- und Kreativschaffen-

den. Deshalb wurde ein Flächenmanagementsystem implementiert, das eigens auf die Bedürfnisse der Kreativen abzielt (kleine Flächen, Werkstätten, Lofts) und es wurden von der Stadt selbst zwei Orte geschaffen. Dies sind der Gründercampus Ostpol und das Atelierhaus Zollamt Studios. Beide bieten jeweils Raum für ca. 100 Kreativschaffende und Gründer*innen und sind voll vermietet. Zudem fungiert die Wirtschaftsförderung als Türöffner, wenn Kultur- und Kreativschaffende Orte und Räume temporär bespielen möchten und leistet bei Immobilieneigentümern viel Überzeugungsarbeit, damit diese ihre gewerblichen Liegenschaften an Kreative vermieten.

Mit Hilfe dieser Marketingelemente, der regelmäßigen Berichterstattung in der regionalen und überregionalen Presse über das Thema und mit vielen Vorträgen auf Fachtagungen ist es zudem gelungen, das Thema als glaubwürdiges Alleinstellungsmerkmal für Offenbach zu platzieren. Eine Studie aus dem Jahr 2015 belegt, dass die Anzahl der Unternehmen der Kreativwirtschaft in Offenbach von 2007 bis 2013 um 120 Prozent auf ca. 3.000 angestiegen ist. Dieses kleine Zahlbeispiel zeigt, dass es sich lohnt, eine Branche besonders zu unterstützen, wenn deutlich wird, dass in der eigenen Kommune ein Potenzial dafür besteht.

Einfluss auf die gesamte Kommune

Auch auf die Entwicklung der gesamten Kommune hat die positive Entwicklung der Kreativwirtschaft Einfluss. Denn mit den Unternehmen etablierten sich auch kreative Locations und vielfältige kulturelle Angebote. Seien es kleine inhabergeführte Co-Workingspaces, Läden, die in Offenbach produzierte Kulturgüter anbieten oder Stadttouren an ungewöhnliche Orte, z.B. nachts durch die Technoclubs der Stadt.

Ein Beispiel dafür ist der Hafen 2 mit Kino, Konzerten, Partys, Lesungen, Café, Strand und Streichelzoo. Mit der Fokussierung der Stadt auf das kreative Image und den sich daraus entwickelten, neuen kulturellen Angeboten wird Offenbach auch für Studierende und junge Familien zunehmend attraktiver. Deutlich wird dies in einem stetigen Zuzug von Menschen und den neuen modernen Wohnvierteln, die in den letzten Jahren in den zentralen Lagen der Stadt entstanden sind oder gerade in Entstehung sind. Zu nennen ist hier u.a. der Hafen Offenbach in bester Wasserlage, der nicht nur für rund 5.000 neue Offenbacher*innen eine neue Heimat bietet, sondern in dem in Kürze auch der neue Campus der Hochschule für Gestaltung realisiert werden wird. Das Unternehmen Saint Gobain hat als erstes internati-

onales Unternehmen seine Deutschlandzentrale hier errichtet und sich damit zum neuen kreativen Dienstleistungsstandort Offenbach bekannt. Aber dies ist nicht alles. Auch in Zukunft haben wir noch viel vor.

Masterplan Offenbach 2030

Mit dem Stadtentwicklungskonzept Masterplan Offenbach 2030 wurden die relevanten Parameter für die Offenbacher Stadtentwicklung für die nächsten zehn Jahre verbindlich festgelegt. Neben der Festlegung, wie die Stadt als moderner Wohnstandort positioniert wird, wurden auch die richtungsweisenden Vorgaben für die Entwicklung der Wirtschaft definiert. Neben der Entwicklung des Bürostandortes Kaiserlei sind hier als wichtigste Kernelemente die Umsetzung der beiden neuen Gewerbegebiete Quartier 4.0 auf dem Gelände des früheren Güterbahnhofes und der Innovationscampus auf dem Gelände des ehemaligen Chemiewerkes der Firma Allessa zu nennen. Zusammen werden beide Areale in Zukunft insgesamt fast 30 ha Gewerbefläche für die Ansiedlung von innovativen Unternehmen mit der Prämisse 4.0, Digitalisierung sowie Forschung und Entwicklung, bieten.

Als Pionierunternehmen und damit gewissermaßen als Zugpferde und Wegbereiter, leisten die Unternehmen der Kreativwirtschaft eine wertvolle Unterstützung bei der Umsetzung dieser Vorhaben. Daher werden die Unternehmen der Kreativwirtschaft auch zukünftig einen äußerst wichtigen Beitrag für die Entwicklung der Stadt Offenbach leisten im Hinblick auf: Wirtschaft, Stadtentwicklung, kulturelle Vielfalt und damit auf das Wohlergehen unserer Einwohner.

IMPRESSUM

Verantwortlich für den Inhalt:
SGK Hessen e.V.,
Marktstr. 10, 65183 Wiesbaden
Telefon: (0611) 360 11 74
Telefax: (0611) 360 11 95
info@sgk-hessen.de

Redaktion: Michael Siebel, V.i.S.d.P.

Verlag: Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft,
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
Telefon: (030) 255 94-100
Telefax: (030) 255 94-192

Anzeigen: Henning Witzel

Litho: Satzstudio Neue Westfälische GmbH & Co. KG

Druck: J.D. Küster Nachf. + Pressedruck GmbH
& Co. KG, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld

Festakt zum 40-jährigen Jubiläum der SGK Hessen in Wiesbaden

Autor SGK Hessen

In den Ansprachen der aktuellen Vorsitzenden Kirsten Fründt und dem Gastredner Sven Gerich, Oberbürgermeister von Wiesbaden, zeichneten beide ein kraftvolles Bild der SGK über die letzten vierzig Jahre hinweg. Und beide betonten ihre persönliche Leidenschaft für das Kommunale und die besondere Bedeutung der kommunalpolitischen Ebene in unserer Demokratie. Neben dem Dank an die vielen Ehrenamtlichen und Aktiven wurden auch die Herausforderungen und Schwierigkeiten der aktuellen politischen und gesellschaftlichen Entwicklung skizziert.

Rede Kirsten Fründt (Auszüge)

„...Willy Brandt hat gesagt: ‚Wer die Zukunft verändern will, der muss sie auch selbst gestalten‘ – und das machen wir Kommunalen tatsächlich täglich.“

Zur Unterstützung, zur Befähigung und Qualifizierung unserer kommunalpolitischen Aktiven leistet die SGK auch in Hessen einen umfassenden Beitrag. Der sowohl wichtig und notwendig als auch nachgefragt ist. Die intensive Beratungsarbeit der SGK umfasst z. B. 130 Rechtsberatungen im Jahr, zahlreiche und vielfältige Veranstaltungen zu den Basisfragen politischer Arbeit in den Kommunen wie Geschäftsordnungen oder Fraktionsarbeit, aber eben auch aktuelle Fragestellungen wie zum Beispiel die der Straßenbeiträge. Die SGK setzt sich auch mit den vielfältigen Fragen kommunaler Daseinsvorsorge auseinander – vom bezahlbaren Wohnraum über den Breitbandausbau oder die Zukunft der medizinischen Versorgung auf dem Land bis hin zur Entwicklung des ländlichen Raums. Hand in Hand mit dieser Beratungs- und Vernetzungsarbeit gehen die Schulungen und Seminare der AfK, unserer Akademie für Kommunalpolitik. Unsere Schwester AfK organisiert bis zu 1000 Schulungstage pro Jahr. Das ist eine stolze Zahl und dokumentiert sowohl die Qualität der Angebote als auch den Bedarf. Denn Kommu-



Kirsten Fründt: Sozialdemokratischen Kommunale sind die Schrittmacher*innen der Entwicklung in den hessischen Gemeinden.

Foto: SGK Hessen e.V.



Sven Gerich: Es gibt für mich nichts Schöneres als Kommunalpolitik.

Foto: SGK Hessen e.V.



Tobias Eckert, Landtagsabgeordneter, gratulierte der SGK zum 40. Geburtstag. Foto: SGK Hessen e.V.

nalpolitik ist anspruchsvolle politische Arbeit, nicht die kleine Schwester der großen Landes- oder Bundespolitik. Vielmehr legen wir Kommunalen die Basis dafür, dass unser Gemeinwesen insgesamt funktioniert.

Und in den Kommunen, den politischen Versuchslaboren, übt man zudem Demokratie, Engagement, Freiheit und Toleranz. Für mein Empfinden in der Regel ganz erfolgreich. Dafür Beratung und Schulung in Anspruch zu nehmen, zeugt von professionellem Umgang mit der politischen Funktion und der politischen Arbeit ...

... Und ja, die sozialdemokratischen Kommunalen sind immer noch die Schrittmacherinnen und Schrittmacher der Entwicklung in den hessischen Städten und Gemeinden. Daseinsvorsorge findet konkret in den Kommunen statt. Sie haben daher nicht nur einen außerordentlichen Gestaltungsauftrag, sondern auch eine enorme Verantwortung für die Weiterentwicklung und Sicherung unserer Demokratie vor Ort. Und leisten damit einen nicht zu überschätzenden Beitrag zur Stabilisierung unserer demokratischen, sozialen und freien Gesellschaft, zur Neufassung unseres Gesellschaftsvertrags.“

Rede Sven Gerich (Auszüge)

„... uns allen ist bewusst, dass es die Kommunen sind, die man als Quelle der Demokratie bezeichnen kann. Willensbildung findet zuallererst vor Ort statt, Menschen engagieren sich im Nahbereich. Vielleicht ist auch das eines der Probleme unseres ohne Zweifel wichtigen Europäischen Projektes: Wir erleben es nicht im Nahbereich. ...“

Und da sehe ich zwei zentrale Punkte, die uns als Kommunale in den nächsten Jahren weiter herausfordern werden – neben natürlich den größeren und überregionalen Trends wie der Digitalisierung, dem demografischen Wandel, der Landflucht und der Frage von Verkehrsströmen und Verkehrslenkung mit allen umweltpolitischen Folgen.

Für mich sind es – der erste Punkt ist bereits angeklungen – zum einen die Frage des Zusammenhalts der Gesellschaft, die unsere Städte und

Gemeinden künftig als erstes zu beantworten haben und zum anderen die Frage der auskömmlichen Finanzierung unserer Gemeinwesen. Und meine These ist: Beide Themen sind eng miteinander verbunden.

I. Die Frage des Zusammenhalts

Ihr alle kennt die aktuelle Debatte um die Fragmentierung der Gesellschaft. Die Auflösung traditioneller Strukturen, die Vereinzelung und Entwurzelung, das Gefühl einiger oder sogar vieler Menschen, abgekoppelt zu sein, benachteiligt zu sein, alleingelassen zu sein, einfach irgendwie nicht mehr dazuzugehören.

Wissenschaftler können die Fragen, die damit zusammenhängen, viel besser erklären, aber schon eine oberflächliche Beobachtung der Phänomene der gespaltenen Vereinigten Staaten, der Gelbwestenproteste, aber auch der schwindenden Mitgliedschaften in Vereinen, Verbänden, Kirchen, Gewerkschaften und Parteien zeigt, dass der Zusammenhalt bröckelt. Menschen tummeln sich in sozialen Netzwerken eben in ihren Filterblasen. Gleichgesinnte für Einzelmeinungen, die man so einfach im Nahbereich früher nicht gefunden hat, lassen sich per Mausclick als Freunde markieren und damit wird jede noch so abwegige politische Position, jede noch so verschwörungstheoretisch geäußerte Meinung zu einer realistischen These mit beachtlichem Resonanzboden.

Aber warum ist das gerade für die Kommunen ein Problem?

Weil, liebe Genossinnen und Genossen, weil wir eben unmittelbar davon betroffen sind, dass sich die Menschen nicht mehr in gewohntem Maße engagieren. Weil wir erleben, dass der Willensbildungsprozess immer schwieriger wird. Weil Stadtgesellschaft oft durch Engagement bereichert wird – und eben nicht durch Engagement per Mausclick, sondern durch Engagement in Vereinen, Verbänden, Initiativen und allen möglichen Gruppen von Menschen guten Willens.

Ich habe in Wiesbaden das Jahr 2018 zum Jahr des Bürgerschaftlichen Engagements erklärt. Dies war vor allem als ein Zeichen von Wert-



Gisela Stang, Bürgermeisterin Hofheim mit Marion Schiebener, SGK-Landesgeschäftsstelle

Foto: SGK Hessen e.V.



Katrin Hechler, Kreisbeigeordnete Hochtaunaus im Gespräch mit Stefan Scholl, SPD Dietzhölzthal

Foto: SGK Hessen e.V.



Karl Christian Schelzke, Geschäftsführender Direktor Hessischer Städte- und Gemeindebund und Achim Moeller, ehemaliger Geschäftsführer der SGK Hessen e.V.

Foto: SGK Hessen e.V.

schätzung für die vielen ehrenamtlich aktiven Wiesbadenerinnen und Wiesbadener gedacht, aber natürlich auch als Werbung für das Ehrenamt. So ein Aktionsjahr ist immer eine gute Sache, aber es fiel ja nicht vom Himmel – wir haben hier ganz konkreten Handlungsbedarf. Eine städtische Umfrage hat uns eine gesunkene Engagementquote bei ehrenamtlich Tätigen zwischen 18 und 80 Jahren attestiert. 2009 waren 36 Prozent aller Wiesbadenerinnen und Wiesbadener, also 76.500 Bürgerinnen und Bürger, ehrenamtlich aktiv,

2014 waren es mit 34 Prozent und 75.000 Menschen noch fast genauso viel. Geschockt haben uns dann die Zahlen für 2016: Engagementquote 27 Prozent, entsprechende Aktivenzahl: 62.500 bei gleichzeitigem Bevölkerungswachstum um 10.000 Personen. Eine deutliche Botschaft.

Für mich sind die beiden oben skizzierten Phänomene eng miteinander verbunden: weniger Bereitschaft, sich für das Gemeinwesen zu engagieren bei wachsender Unzufriedenheit mit „denen da oben“ oder

„den Politikern“, wahlweise auch mit „denen bei der Stadt“. Dieses Gefühl manifestiert sich in einer gefühlten Unzufriedenheit, die mit den objektiven Lebensumständen in unserem Land nichts mehr zu tun hat – denn objektiv geht es den meisten Menschen gut, sie projizieren dies nur nicht mehr auch auf die Gesellschaft, in der sie leben, sondern wenn überhaupt ausschließlich auf ihre privaten Lebensumstände.

Und wo kommt das alles zuerst an? Genau, bei uns, in den Städten und Gemeinden, direkt vor Ort, wo es immer schwieriger wird, einen Bebauungsplan zu verabschieden, wo jede noch so kleine Entscheidung sofort hinterfragt wird: neue Schule? Warum nicht hier bei uns, warum dort im anderen Stadtteil? Parken? Gerne überall in der Stadt, aber nicht vor meiner Haustür. Wohnungsbau? Ja klar, ist wichtig, aber doch nicht bei mir um die Ecke.

II. Die Finanzausstattung

... Denn es ist das eine, wenn wir – völlig zurecht – mit Sozialleistungen und individuellen Ansprüchen eine anständige Grundversorgung für jeden einzelnen Bürger und jede einzelne Bürgerin sicherstellen. Aber es ist nicht hinnehmbar, dass gleichzeitig aufgrund von einer Sparrunde nach der anderen die öffentliche Infrastruktur stöhnt und ächzt, dass wir jahre-, wenn nicht gar jahrzehntelang zu wenig in Schulen, Kindergärten, Sporthallen, Bürgerhäuser und Straßen investiert haben.

Liebe Genossinnen und Genossen, es ist doch kein Wunder, dass das Vertrauen der Menschen in den Staat schwindet – der Staat, der sind nun mal wir alle und den Staat lernen die Menschen zuallererst in ihrem Umfeld kennen. Gibt es eine Kita mit ausreichend Platzangebot? Ist die Schule in ordentlichem Zustand? Gibt es genug Polizei auf der Straße? Sind die Straßen in Ordnung, werden Gehwege, Plätze und Grünanlagen instandgehalten und oft genug saubergemacht? Ist das Bürgerhaus nutzbar, gibt es noch ein Schwimmbad in erreichbarer Distanz und können die Kinder in der Turnhalle Sportunterricht und Vereinssport machen? Das sind doch Fragen, die die Menschen bewegen. ...